



Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erstmal täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verkehr monatlich 1.50 RM. Einzelnummer 10 Pf. - Strohporto Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Reichenberg Poststelle Wildbad. - Bankkonto: Enztalbank-Gesellschaft, Wildbad; Wetzheimer-Gesellschaft Filiale Wildbad. - Postfachkonto 29174 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einmalige Verlags- oder deren Raum im Besitz Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. - Reklamensätze 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anzeigenverteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. - Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. - In Kontofällen oder wenn gerichtliche Zwangsversteigerung notwendig wird, fällt jede Rückzahlung weg. Druck, Verlag v. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 88, Tel. 479. - Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 60

Februar 479

Montag den 13. März 1933

Februar 479

68. Jahrgang.

Frankreich gegen die deutsche Hilfspolizei

Berlin, 12. März. Aus Paris wird gemeldet, die französische Regierung beabsichtige - ob im Verein mit England oder ohne dieses - die Zuteilung der nationalsozialistischen Sturmabteilungen und des Stahlhelms an die Polizei zum Gegenstand eines diplomatischen Vorgehens zu machen, da dies eine dem Verfallener Vertrag zuwiderlaufende Erweiterung der deutschen Polizeikräfte darstelle. In politischen Kreisen wird erklärt, daß eine solche Einmischung Frankreichs in keiner Weise gerechtfertigt und begründet wäre, denn die Zuziehung von Hilfskräften zu der überanstrengten Schutzpolizei sei bei der herrschenden politischen Erregung in Deutschland eine nicht zu umgehende Notwendigkeit zur Sicherung der Ruhe im Innern.

Halbamtlich wird erklärt, daß gerade Frankreich angeht seines eigenen, bis zum letzten ausgebildeten Militärsystems so viel Fachleute haben sollte, die den „militärischen Wert“ der Hilfspolizei richtig zu beurteilen in der Lage sind. Es handelt sich bei dem Personal der Hilfspolizei um behelfsmäßig ausgerüstete und nicht ausgebildete Aus- hilfskräfte, die auch nicht den geringsten militärischen Charakter haben. Will Frankreich wirklich der Welt erzählen, daß eine mit Pistolen und Gummiknüppeln ausgerüstete „Armee“, die überhaupt keine Armee ist, eine Bedrohung des Weltfriedens darstellt? Es scheint vielmehr so, als ob man in Frankreich krampfhaft immer wieder nach neuen Vorwänden sucht, um von seinen eigenen Rüstungen, deren hohen militärischen Wert die Franzosen sonst sehr deutlich zu betonen wissen, abzulenken.

Rede des Reichskanzlers Hitler

Berlin, 12. März. Reichskanzler Adolf Hitler sprach gestern Abend in einer Berliner Rundgebung seiner Partei über die Bedeutung der am Sonntag stattfindenden Kommunalwahlen. Nach dem Dr. Göbbels einleitende Worte gesprochen hatte, begann der Reichskanzler mit einem Dank an alle, die am 5. März ihre Pflicht getan haben. Es ist für mich und meine ältesten Mitkämpfer etwas Wunderbares, nunmehr nach 14-jährigem Ringen endlich den Erfolg selbst erleben zu dürfen. Es erfüllt mich mit innerer Befriedigung zu wissen, daß an dem Erfolg vielleicht zum ersten Male das ganze Deutschland teilgenommen hat. Das deutsche Volk in allen seinen Stämmen von Nord bis Süd hat mit wunderbarem Schwung in kaum zehn Stunden einen Akt in der deutschen Geschichte vollzogen und praktisch verwirklicht, um den sich Jahrhunderte in Deutschland oft bemüht haben. Wir empfinden in dieser Stunde das Gefühl der Dankbarkeit für den großen Generalfeldmarschall, der an seinem Lebensabend noch einmal durch seinen Spruch der deutschen Jugend Türe und Tor für die Zukunft geöffnet hat. Das deutsche Schicksal ist jetzt nicht nur für die nächsten zehn Jahre entschieden, nein, es ist entschieden überhaupt. (Stürmischer Beifall.) Was sich in diesen Tagen vollzogen hat, ist mehr als ein Regierungswechsel: Ein Volk hat seine schlechte Gesinnung abgelegt, ein Volk hat sich selbst wiedergefunden. Es wird unsere Sorge sein, niemals wieder einen Rückfall in die Vergangenheit zu dulden, oder gar durch unser eigenes Handeln einzuleiten. (Lebhafter Beifall.) Nicht die Länder und Gemeinden bestimmen das Schicksal des Reichs, sondern umgekehrt. Zu diesen Gedanken hat sich das deutsche Volk am 5. März bekannt. Ich bin glücklich, daß in dem Augenblick, wo einige tüchtige Männer und Parteien glaubten, eine Grenzlinie aufzrichen zu sollen, daß gerade dort das deutsche Volk seine Stimme erhoben hat und die Unzerbrechlichkeit des Reichs für ewige Zeit damit befestigt hat. (Stürmischer Beifall.) Die Menschen bezeichnen so vieles als „Freiheit“ in der Gegenwart, was, wenn die Vergangenheit dem geschuldigt hätte, längst ihr Tod gewesen wäre. Wenn unsere Vorfahren sich den Lebenskampf auch so leicht gemacht hätten, dann gäbe es kein Preußen und kein Deutsches Reich. Unsere Bewegung verlangt, daß sich jeder in die Gesamtheit einfügen muß, die wir als Volk bezeichnen, daß er nicht an seinen Stand, seine Klasse in erster Linie denkt, sondern an das Ganze. Wir wollen keineswegs die deutschen Stämme und ihre Eigenart vernichten in ihrem Reichtum. Wenn dieser Reichtum aber blühen soll, dann muß über ihm die deutsche Volksgemeinschaft, verkörpert durch das Deutsche Reich, schirmend Wache stehen. Wir sind die Träger eines großen einheitlichen Deutschen Reiches. Unsere Bewegung hält sich fern von den Phantasien vom ewigen Frieden, von ewiger Verständigung. Wir sind antidemokratisch, wir bauen auf auf der Ueberzeugung, daß das ganze Leben nur dem Kampf ums Dasein zu verdanken ist. Wir lehnen den Internationalismus ab, belehrt durch die Gefahren der letzten Vergangenheit. Wir wollen den Arbeiter erlösen von dem marxistischen Wahnsinn, der ihn und die Nation und alle vernichtet.

Ich will die Verständigung mit andern Völkern, allein Verständigung kann nur stattfinden zwischen zweien, die gleichen Rechte sind, und gleiches Recht herrscht nur, wo gleiche Kraft ist. Die Kraft zur Ueberwindung der inneren Differenzen in einem Volk muß eher da sein als die zur Ueberwindung der großen Dif-

Tagespiegel

Der Reichskanzler empfing am Samstag die Vorsitzenden des Deutschen Städtetags Oberbürgermeister Dr. Sahm und Präsident Dr. Mulert.

Reichstagspräsident Göring hat den neugewählten Reichstag offiziell auf Dienstag, den 21. März, nachmittags 5 Uhr, einberufen. Der feierliche Staatsakt in der Potsdamer Garnisonskirche wird voraussichtlich mittags im Anschluß an die Gottesdienste vorausgehen.

Der stellvertretende Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Abg. Dr. v. Winterfeld, hat den Reichskanzler Hitler ermahnt, Maßnahmen der zuständigen Reichs- und Staatsbehörden zu veranlassen, daß die gegenwärtige, am 30. Januar eingeleitete nationale Staatsumwälzung in den Bahnen der Disziplin und der Gesetzmäßigkeit verlaufe.

Reichskanzler Hitler fordert die Parteigenossen auf, strenge Disziplin zu halten und nur dort, wo den Anordnungen der nationalen Regierung Widerstand getrieben werde, Gewalt zu gebrauchen. Belästigungen einzelner Personen usw. sind zu vermeiden, marxistische Provokateure sind sofort zu stellen und den Behörden zu übergeben.

Am Samstag nachmittag fand eine Sitzung des Reichskabinetts statt, in der die gegenwärtige politische Lage besprochen wurde.

Wie verlautet, wird auch die preussische Regierung im Landtag um die Ermächtigung zur Verabschiedung des Staatshaushalts nachsuchen, wie es seitens der Reichsregierung im Reichstag vorgehen ist.

Die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat beim Reichspräsidenten und beim Reichskanzler telegraphisch gegen die Einsetzung eines Reichskommissars in Bayern und gegen eine darauf erfolgte Mißhandlung des Innenministers Dr. Stübel durch SA-Leute Einspruch erhoben. Reichskommissar v. Epp hat im Ministerrat sein Bedauern über das letztere Vorkommnis ausgesprochen.

serenzen zwischen verschiedenen Kontinenten. Wir wollen gern den anderen Staaten die Hand reichen, aber heute will niemand von uns die Hand, sondern man will von uns das Geld und unsere letzte Macht. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn jetzt im internationalen marxistischen Lager der Glaube herrschen sollte, der Kampf würde eines Tages nachlassen, so sage ich: Täuscht euch nicht, hier ist mein Entschluß ein unerschütterlicher! (Stürmischer Beifall.)

Sechs Wochen ist die nationale Regierung tätig, und in diesen sechs Wochen haben wir das deutsche Volk zu unerhörter Kraftäußerung emporgeschrien. Wir sind nicht verloren, wenn wir uns nicht selbst aufgeben! (Lebhafter Beifall.) Mit dem Vertrauen kehrt auch die Kraft in die Nation zurück, und mit der Kraft das Recht und die Ehre und aus beiden dereinst auch die Freiheit.

Ein Flaggenenerlaß Hindenburgs

Schwarz-weiß-rot zusammen mit der Hakenkreuzfahne.

Berlin, 12. März.

Reichspräsident von Hindenburg erläßt folgende Rundgebung:

Am heutigen Tage, an dem in ganz Deutschland die alten schwarz-weiß-roten Fahnen zu Ehren unserer Gefallenen auf Halbmast wehen, bestimme ich, daß vom morgigen Tage ab bis zur endgültigen Regelung der Reichsflaggen die schwarz-weiß-rote Fahne und die Hakenkreuzflagge gemeinsam zu hissen sind. Diese Flaggen verbinden die ruhmreiche Vergangenheit des Deutschen Reiches und die kraftvolle Wiedergeburt der deutschen Nation. Vereint wollen sie die Macht des Staates und die innere Verbundenheit aller nationalen Kreise des deutschen Volkes verkörpern!

Die militärischen Gebäude und Schiffe hissen nur die Reichskriegsflagge.

Berlin, 12. März 1933.

gez. Der Reichspräsident v. Hindenburg. gegengez. Der Reichskanzler Adolf Hitler.

Diese Rundgebung des Herrn Reichspräsidenten gab der Herr Reichskanzler heute nachmittags um 2 Uhr über alle deutschen Sender dem deutschen Volke bekannt.

Die neue badische Regierung

Karlsruhe, 12. März. Der Reichspolizeikommissar in Baden, Robert Wagner, teilt in einem Aufruf mit:

Die Amtsobliegenheiten des badischen Staatspräsidenten und Justizministers Dr. Schmidt, des badischen Ministers des Innern Dr. Umbauer, des badischen Ministers für Kultus und Unterricht, Dr. Baumgartner und des

Das bischöfliche Ordinariat Berlin hat gemäß der allgemeinen Verfügung des preussischen Staatsministeriums die Bestattung der kirchlichen Gebäude am Volkstrauertag angeordnet.

In Genf haben die Besprechungen zur Vorbereitung der Ratssitzung über den Danzig-polnischen Fall am Samstag vormittag begonnen. Senatspräsident Dr. Ziehm ist an diesen Besprechungen beteiligt.

Der Reichskanzler empfing am Samstag das Verwaltungsmittglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbands, Habermann.

Das Reichskabinett hat die Errichtung eines Reichsministeriums für Volksaufklärung beschloffen, mit dessen Leitung Dr. Göbbels beauftragt wird.

Reichsrundfunkkommissar Dr. Krudenberg hat auf verschiedene Beschwerden die Rundfunkgesellschaften erneut darauf hingewiesen, daß gewisse Reklamerundfunkprüfung von Warenhäusern usw. als der Reichspolitik widersprechend unstatthaft seien.

Zu der ersten Sitzung des Reichstags und preussischen Landtags sind die kommunistischen Abgeordneten nicht eingeladen worden.

In Lübeck wurde der Syndikus der Gewerbetreibenden Dr. Böhrer als Reichskommissar eingesetzt.

Die badische Zentrumskraktion hat in einem Telegramm an den Reichspräsidenten um Schutz gegen die Absetzung und Inhaftnahme des Staatspräsidenten Dr. Schmidt und um die Ermöglichung der Tagung des Landtags gebeten.

Der Reichslandbund fordert in einem Schreiben an den Reichskanzler die Befreiung der Schlachtfleischer.

Nach dem „Jungdeutschen“ hat die Sozialdemokratische Partei am 9. März die Mitgliedsperre eingeführt, da sich viele Kommunisten und Provokateure angemeldet hätten.

Das japanische Kabinett hat jetzt den Austritt aus dem Völkerbund endgültig beschloffen, nachdem der Mikado auf Vorschlag des Rats der ältesten Staatsmänner seine Zustimmung erteilt hatte.

badischen Finanzministers Dr. Mattes sind in meine Hand übergegangen. Die Befugnisse des Staatspräsidenten und des Innenministers werden von mir selbst ausgeübt.

Mit der Wahrnehmung folgender Geschäfte werden kommissarisch beauftragt: des Finanzministers Landtagsabgeordneter Walter Köhler-Weinheim, des Justizministers Rechtsanwalt Kupp, M.D.R., Karlsruhe, des Ministers für Kultus und Unterricht Hauptschriftleiter Dr. phil. Otto Wacker, Karlsruhe. Als Kommissar zu meiner besonderen Verwendung bestimmte ich Polizeioberleutnant a. D. Pflaumer-Heidelberg.

Weiter werden ernannt je ein Hilfskommissar aus der Deutschnationalen Volkspartei und dem Stahlhelm. Sämtliche Kommissare und Hilfskommissare führen ihre Geschäfte ehrenamtlich.

Hissung von Hakenkreuzfahnen und schwarz-weiß-roten auf sämtlichen staatlichen Gebäuden wird zugelassen.

Staatspräsident Dr. Schmidt wurde in seiner Wohnung zu seiner persönlichen Sicherheit in Schutzhaft genommen. Gegen den beurlaubten Polizeioberst Diankenhorn und Polizeimajor Krauth ist Schutzhaftbefehl ergangen.

Die Landtagsitzung verboten

Stuttgart, 11. März. Die auf heute Samstag vom Landtagspräsidenten Mergenthaler angekündigte Sitzung des Landtags, in der der neue Staatspräsident gewählt werden sollte, ist vom Reichspolizeikommissar für Württemberg, v. Jagow, auf Grund einer Weisung aus Berlin verboten worden. Das Verbot wird mit einer Gefährdung der Ruhe und Sicherheit begründet. Eine neue Sitzung soll am Montag, den 13. März, stattfinden.

Das Staatsministerium hatte befohlen die Sitzung auf Dienstag, 14. März, anberaunt, worauf Präsident Mergenthaler von sich aus die Tagung auf Samstag festsetzte.

Das Reichsbanner in Bayern verboten

München, 12. März. Der Kommissar für das bayerische Staatsministerium des Innern hat mit sofortiger Wirkung das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit sämtlichen Formationen einschließlich Schupo, Eiserner Front und Sozialistische Arbeiterjugend mit sämtlichen Nebenorganisationen für das Gebiet des Freistaats Bayern verboten und aufgelöst. Vermögensstücke der verbotenen Organisationen sind bis spätestens 20. März an die Polizeidirektion abzuliefern. Jede Unterstützung der verbotenen Organisationen mit Rat und Tat, sowie jeder Versuch der organisatorischen Weiterführung derselben wird bestraft.

Der „Bayerische Kurier“ und das „Neue Münchener Tagblatt“ wurden bis 18. März einschließlich wegen eines der Staatsautorität abträglichen Artikels verboten.

In Kachen wurde das Zentrumblatt „Volkstreu“ von SA-Leuten besetzt.

Der Oberbürgermeister Dr. Vohmeyer in Königsberg ist bis auf weiteres zwangsweise beurlaubt worden.

Bier verurteilte Nationalsozialisten des letzten Bombenlegerprozesses sind aus der Strafanstalt Rendsburg (Schleswig-Holstein) entlassen worden.

Das Verlagsgebäude des „Rheinischen Volksblatts“ und der „Pfälzer Zeitung“ in Speyer wurde besetzt und durchsucht. Das Erscheinen der Blätter wurde für Samstag untersagt.

Das Verbot des „Berliner Tageblatts“ (13. März) wurde auf 11 März einschließlich abgelehnt.

In Altona wurde ein kommissarischer Oberbürgermeister eingesetzt.

Der Kurator der Universität Frankfurt a. M. hatte die Schließung der Universität angeordnet, weil die nationalsozialistische Studentenschaft das Haltenkreuzbanner eingeführt hat bzw. hissen wollte. Minister Rust hat jedoch telegraphisch die sofortige Wiedereröffnung der Hochschule verfügt.

Die Druckschrift „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ in Berlin ist bis 10. Juli ds. J. verboten worden.

Die Börse in Breslau wurde von SA-Leuten besetzt. Die Börsebesucher wurden nach Waffen durchsucht und mußten dann die Börse verlassen.

Verfügung gegen Korruption

Berlin, 12. März. Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg erklärte in einer Rundfunkrede zu den preussischen Gemeindevahlen, unter dem früheren „System“ habe die Korruption sich in den Verwaltungen breitgemacht. Die Reichsregierung werde in Wäde einer Verfügung erlassen, die in weitestem Maß den Korruptionsmöglichkeiten in den Gemeindevahlungen den Boden entziehe. Damit werde der erste Schritt zur Säuberung der Selbstverwaltungskörperschaften getan sein. Eine der ersten Aufgaben werde sein, den Gemeinden und Kreisen eine Erleichterung ihrer schwereren Schuldenlast zu bringen. Nur eine allgemeine Zinsherabsetzung könne die Gemeinden in die Lage versetzen, ihre Schulden zu verzinsen und allmählich abzutragen. Man werde auf eine fachkundige Beamtenbesetzung drängen, die ihren Stolz darin sehe, so sparsam wie möglich zu wirtschaften.

Neue Nachrichten

Die erfolgreiche Winterhilfe

Berlin, 11. März. Nach den Aufstellungen der deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege sind für die diesjährige Winterhilfe von September 1932 bis Ende Februar 1933 Liebesgaben im Gesamtgewicht von 4,033 Millionen Zentner von der Reichsbahn in die Verteilungsgebiete kostenfrei befördert worden, gegen 1,6 Millionen Zentner in der gleichen Zeit 1931/32. Im einzelnen waren davon 843.000 Zentner Kartoffeln, über 134.000 Zentner andere Lebensmittel wie Obst und Gemüse, Fleisch und Fette, Kolonialwaren, Getreide und Mehl, 3,05 Millionen Zentner Kohlen, Briketts und Holz, über 3.000 Zentner Kleidungsstücke. Allein von diesen Liebesgaben konnten 421.500 Familien mit je 2 Zentner Kartoffeln versorgt werden. Ferner konnten Hunderttausende von Familien Zuteilungen anderer Lebensmittel erhalten. Über 1 Million Familien konnte mit je 3 Zentnern Kohlen oder Holz durch den harten Winter geholfen werden. Nicht gerechnet sind in dieser Aufstellung die Spenden, die an Ort und Stelle gesammelt und vor allem nicht die unerschöpflichen Liebesgaben, die von Mensch zu Mensch gegeben worden sind.

Schacht gegen Inflation

Berlin, 12. März. Auf das Gerücht hin, daß Dr. Schacht wieder zum Reichsbankpräsidenten ernannt werden solle, wandte sich die Stockholmer „Allshanda“ an Schacht, um ihn über seine Finanzpolitik zu befragen. Dr. Schacht erklärte, es sei ihm nicht bekannt, daß er zum Reichsbankpräsidenten ernannt werden solle. Als Privatmann könne er erklären, es sei sinnlos, zu glauben, daß er (Schacht), der die Inflation 1923 totgeschlagen habe, die Inflation wieder ins Leben rufen könnte. Die Privatschulden (an das Ausland) müßten natürlich bei Heller und Pfennig bezahlt werden.

Jugend unter Hammer

Zeitroman von Helmut Messerschmidt

Urheber-Rechtsschutz für die deutsche Ausgabe:
Drei Quellen-Verlag, Königsbrück (Sa.)

„Heinrich — könnte ich dir doch helfen!“ Ihr standen Tränen in den Augen.

„Mir ist nicht zu helfen“, antwortete Bredenkamp resigniert, „mir ist nicht zu helfen. Ich bin überflüssig. Niemand kann mich brauchen. Ich hab ja auch schon gar keine Kraft mehr. Ich bin ganz ausgedörrt. Das Vernünftigste wäre, wenn ich ganz aus der Welt hinausginge, die mich ja doch schon ausgekostet.“

Jetzt konnte sich Hanna nicht mehr halten. Sie krallte die Hände in seinen Arm und schluchzte heillos.

„Du . . . so darfst du nicht sprechen . . . so nicht . . .!“ Bredenkamp sah mit glanzlosen Augen in den dämmernden Abend.

„Soweit ist es ja auch noch, nicht. Soweit kommt es auch nicht. Denn wenn man so müde ist wie ich, dann ist man auch zu müde . . . dazu. Wie mir, so geht es vielen. Es ist nicht einmal mehr die Kraft zur Auflehnung da. — War übrigens heute Theo Strötgen bei euch?“

„Ja.“
„Ich hatte ihn hinaufgeschickt. Der arme Kerl sieht nun auch ohne Arbeit da. Sein Reister hat einen Lehrsungen eingestellt, weil er den Gehellenlohn nicht mehr zahlen kann. Habt ihr was für Theo?“

„Nein, es war nicht möglich.“
„Das hab ich mir ja denken können, aber ich habe ihm doch zugeredet, wenigstens einen Versuch zu machen.“

Rückberufung des Professors Vahlen

Berlin, 12. März. Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, den früheren Rektor der Universität Greifswald, Professor Dr. Theodor Vahlen, der augenblicklich im österreichischen Dienst tätig ist, nach Preußen zurückzuberufen und in seinen alten Dienstgrad wieder einzulassen. — Der Pressedienst der NSDAP. bemerkt dazu: Professor Vahlen, der erste nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete des Gau Pommern, hatte im Jahre 1924 die schwarz-rot-goldene Fahne vom Greifswalder Universitätsgebäude heruntergeholt. Unter Mißachtung der verfassungsmäßigen Immunität als Reichstagsabgeordneter wurde er daraufhin von dem marxistischen preussischen Staatsministerium aus Amt und Stellung gejagt. Schließlich wurde er an die Technische Hochschule in Wien berufen, wo er seine Lehrtätigkeit wieder aufnehmen konnte.

Schwarz-weiß-rot am Volkstrauertag

Berlin, 10. März. Reichskanzler Hitler hat für die NSDAP folgende Anordnung gegeben: „Da die Soldaten des alten Heers einst unter der schwarz-weiß-roten Fahne, der alten deutschen Reichsfahne gefallen sind, wollen wir, um sie zu ehren, an diesem Tag von den öffentlichen Gebäuden des Reichs auch nur diese, ihre damalige Fahne, die Fahne des Weltkriegs. Unser Haltenkreuzbanner ist die Fahne der nationalen Revolution und der nationalen Erhebung.“

Ausschaltung des Nationalrats?

Diktatur der Minderheit

Wien, 12. März. Die österreichische Regierung ist daran, das Parlament weitgehend auszuschalten. Die Arbeit des Nationalrats hat allerdings schon lange zu wünschen übrig gelassen, aber seine Ausschaltung und die Neueinteilung der Gewalten wäre doch nur möglich, wenn diese Maßnahmen von der Volksstimmung getragen wären. Das ist aber keineswegs der Fall. Schon im letzten Sommer hatte der Nationalrat seine Auflösung beschlossen, weil das Parlament schon längst nicht mehr der politischen Meinung des Volks entspräche. Die nationalsozialistische und großdeutsche Bewegung, der sich auch ein Teil der Heimwehr anschließt, hat den größeren Teil der Österreicher ergriffen. Eine Neuwahl würde die christlich-sozialistische Partei, die zurzeit noch die Führung hat, empfindlich schwächen. Deshalb hat die Regierung Dollfuß dem Auflösungsbeschluss des Nationalrats nicht stattgegeben und versucht, ohne das Parlament zu regieren. Dazu kommt, daß die gegenwärtige Regierung gegen den Anschluß ist im Gegensatz zu der überwiegenden Volksmehrheit. Die Führung der Opposition hat zurzeit der großdeutsche dritte Präsident des Nationalrats. Er hat das Parlament zu Anfang dieser Woche einberufen, nachdem der erste und zweite Präsident, die den Regierungsparteien angehören, die Einberufung im Sinn der Regierung abgelehnt haben. Bundeskanzler Dollfuß hat die Einberufung durch den dritten Präsidenten für verfassungswidrig erklärt; er will es offenbar darauf ankommen lassen und hat Bundesmiliz und Polizei in Alarmzustand versetzt. Man ist aber überzeugt, daß eine Diktatur der Minderheit sich in Oesterreich nicht halten kann, so wenig sie sich in Deutschland halten konnte.

Keine Fünfmächtekonferenz

Paris, 12. März. Ueber die englisch-französische Aussprache am Freitag in Paris wurde nur eine nichtspägende amtliche Mitteilung ausgegeben. Sicher ist also, daß die Franzosen durchgefallen haben, daß die von ihnen gefürchtete Konferenz der fünf Mächte England, Frankreich, Amerika, Deutschland und Italien über die Gleichberechtigung und Abrüstung, wo sich die Franzosen der Unterstützung durch ihre Vasallenstaaten beraubt gesehen hätten, nicht mehr in Frage kommt. Mac Donold, Simon und Paul-Boncour sind am Samstag in Genf eingetroffen.

Bilund's
MALZ-EXTRAKTE
Ideale Nähr- und Kräftigungsmittel
für Jung und Alt
Erfhältlich in allen Apotheken u. Drogerien

Schwere Erdbeben in Südkalifornien

Los Angeles, 11. März. Am Freitag — die Zeitmeldungen gehen noch stark auseinander — wurde Südkalifornien von außerordentlich heftigen Erdbeben betroffen. Die Stöße bewegten sich in nord-südlicher Richtung und dauerten mehrere Minuten. Im ganzen wurden bis Mitternacht mindestens acht Beben gezählt. Am schwersten wurden die Städte Los Angeles, Compton und Long Beach getroffen. Das Erdbebengebiet erstreckte sich auf eine Fläche von etwa 6000 Geviertmeilen.

Die Berichte sind bis jetzt unklar und widersprechend, jedenfalls zum Teil auch handgreiflich übertrieben. So befragt eine Meldung aus Los Angeles, die ganze Küste stehe in Flammen, 62.000 Gebäude seien allein in Long Beach zerstört. Tatsache scheint zu sein, daß im ganzen Gebiet zahlreiche Häuser, namentlich Dächer, eingestürzt sind. Am widerstandsfähigsten sollen sich wieder die Häuser mit Stahlkonstruktion, die Hochhäuser oder „Wolkenkratzer“ erwiesen haben, doch gerieten sie in starkes Schwanken.

In Long Beach, wo der Schaden auf eine Million Dollar geschätzt wird, sollen 14 schwere und 110 leichtere Stöße verspürt worden sein. Mehrere Erdbebenläger gerieten in Brand. Bis jetzt werden etwa 500 Todesopfer und 4000 Verletzte gemeldet, doch werden die Verlustziffern mit jeder neuen Nachricht höher. Mannschaften der an der Küste manövrierenden Flotte wurden sofort zur Hilfeleistung gelandet und alle verfügbaren Landtruppen der Gegend traten in den Hilfsdienst. Die Verdüsterung ist von größtem Schrecken erfüllt. Die Spitäler sind überfüllt. Von weit her wurden Ärzte und Pflegerinnen herangezogen. Präsident Roosevelt hat angeordnet, daß das Erdbebengebiet eine umfassende Staatshilfe erfahren soll. Man vermutet, daß das Beben, das bis tief nach Mexiko hinein verspürt wurde, seinen Herd im Stillen Weltmeer habe. Meldungen von einer folgenden großen Springslut sind allerdings bis jetzt nicht bestätigt. Das Beben wird als das stärkste seit 1857, wo Südkalifornien von einem furchtbaren Erdbeben heimgesucht wurde — nicht zu verwechseln mit dem spä'teren großen Beben in San Fransisko — bezeichnet. Das Land ist überhaupt ein „Erdbebengebiet“.

Württemberg

Keine Landtagsjitzung

Stuttgart, 12. März. Die auf Samstag nachmittag 3 Uhr von der Regierung einberufene Landtagsjitzung, in der der neue Staatspräsident gewählt werden sollte, ist durch Befehl des Reichsinnenministers verboten worden.

Es geht das Gerücht, der bisherige Staatspräsident Dr. Volz sei in Schuchhaft genommen worden.

Zum Landtagspräsidenten ist Abgeordneter Rechtsanwalt Dr. Jonathan Schmidt-Leonberg vorgezogen.

Verabschiedung des Staatspräsidenten

Stuttgart, 11. März. Staatspräsident Dr. Volz verabschiedete sich heute vormittag 11 Uhr von den Beamten und Beamtinnen des Staatsministeriums und den Vorständen der dem Staatsministerium unterstellten Behörden. In einer Ansprache führte er aus, daß die fünf Jahre seiner Staatspräsidentenschaft in eine Zeit des wirtschaftlichen Niederganges gefallen sei. Seine Hauptarbeit sei durch diese Umstände darauf gerichtet gewesen, abzubauen und einzuschränken. Das sei eine schwere und bittere Aufgabe gewesen, über die er das Urteil einer späteren Zeit überlasse. Den Beamten dankte er mit herzlichen Worten für die Pflichttreue, die sie stets in all den Nachkriegsjahren befunden haben. Es sei immer ein Vorzug des württembergischen Beamtentums gewesen, daß es seine Aufgaben treu erfüllt habe. Er bitte die Beamten, auch in der kommenden Uebergangsperiode, unbeeinträchtigt um die politische Einstellung ihre Pflicht zu tun und dadurch ihrem Land zu nützen.

Im Namen der Beamten dankte Staatsrat Dr. Hagemann dem scheidenden Staatspräsidenten für das Wohlwollen, das er der Beamtenschaft stets entgegengebracht habe. Insbesondere habe Staatspräsident Dr. Volz in die Pflichttreue der Beamten Vertrauen gesetzt und ihnen in Einzelheiten ein gewisses Maß von Selbständigkeit gelassen; dafür gebühre ihm besonderer Dank. Er gebe das Geböhrnis, daß die Beamten als gute Württemberger auch in Zukunft ihre Pflicht erfüllen werden. Mit den Worten herzlichen Dankes verband er die besten Wünsche für das fernere Wohlergehen des Staatspräsidenten und seiner Familie.

„Wir haben ja Arbeit genug, eher zuviel, aber wir müssen bald alles allein machen. Wer weiß, wie lange es überhaupt noch geht. Mich wundert's bald, daß wir immer noch auf dem Hof sind.“

„So ist es nun überall. Diejenigen, die noch Arbeit haben, müssen alles daransetzen, um ihre Stellung halten zu können, müssen für ein paar andere noch mitarbeiten, und die übrigen haben gar nichts. Die werden vom Staat unterstützt. Bis auch die ganze soziale Fürsorge pleite ist.“

„Wie das nun werden soll, Heini, mir ist so bange . . .“

„An das Ende mit Schreden glaub ich auch nicht mehr. Eher an einen Schreden ohne Ende. Irgendwie müssen sich die vielen, die die Wirtschaft ausgestoßen hat, einzeln selber etwas Neues bauen. Aber wie das geschehen kann, ist mir schleierhaft. Massenhilfe, wie jetzt durch die Arbeitslosenversicherung, führt die Masse ins völlige Verderben. Denn die eine Hälfte des Volkes kann die andere nur so lange ernähren, wie sie überhaupt noch etwas abgeben kann. Auch das hört einmal auf.“

Das Mädchen schüttelte sich. „Mich friert, Heini.“
„Ja, es wird kühl. Komm, wir gehen. Was hat auch das Debattieren für einen Zweck?“

Er brachte Hanna bis in die Nähe des Dieckhoven-Gutes. Unterwegs sagte er: „Weißt du, es kommen einmal ganz radikale Gedanken, wenn man so in erzwungenen Mühsiggang dahingedriekt. Zuweilen denke ich, ob es nicht schließlich besser wäre, wenn man alles kurz und klein schlägt nur um wiederaufzubauen zu können und dadurch Arbeit zu haben?“

„Ich kann dich verstehen. Ich wüßte auch nicht, was ich täte, wenn ich nicht schaffen könnte.“

Bredenkamp stand mit Theo Strötgen in der Reihe der übrigen Erwerbslosen vor dem Arbeitsamt. Sie warteten auf die Auszahlung der Unterstützung. Schrittchen für Schrittchen kamen sie dem Eingang näher.

„Schnell hat mir geschrieben“, sagte Bredenkamp. „Auch bei ihm in Pommern ist niemand unterzubringen. Schnell selber ist nur noch dort, weil er den Bewalter des Gutes kennt. Das ist ein Kriegskamerad von ihm, und der läßt ihn nicht so rasch gehen. Aber ganz sicher ist auch Schnell nicht mehr.“

„Und wenn Schnell uns auch Arbeit verschaffen könnte, ich bring noch nicht mal das Fahrgeld auf, um hinzukommen.“
„Da hab ich Referden“, freute sich Bredenkamp, „ich hab mir jedes Jahr, solange ich auf dem Bütt war, tausend Mark gepart, macht für drei Jahre dreitausend.“

„Allerdings, seine Reserve! Aber laß das hier nicht so laut hören, sonst . . . Wie hast du das denn fertiggebracht, sag mal?“

„Eigentlich war das leicht. Mutters Kriegsrente hat für uns beide ausgereicht. Da haben wir halt ein bißchen Kapital angeammelt — aber was ist denn da hinten los?“

In die stumpf harrrende Menge kam plötzlich Bewegung. Rufe wurden laut. Alle sahen sich um und reckten die Hälse. Ein ärmlich gekleideter Mann hegte mit allen Zeichen höchster Erregung an der Reihe der Wartenden vorbei in das Arbeitsamt.

„Ich dreh dem Kerl den Hals um!“ schrie er, als er durch die Tür stürzte.

„Immer langsam voran!“ brummte hinter Bredenkamp jemand, „dat hilft ooch nißcht. Dat gibt bloß wat für'n Staatsanwalt un ne Ufrückstelle für'n nächsten Beamten.“

(Fortsetzung folgt).

Gaststätten-erlaubnis-sperre in Württemberg

Die vom Wirtschaftsministerium im vorigen Jahr durchgeführte Statistik über das Gaststättenwesen in Württemberg hat ergeben, daß die Zahl der Gast- und Schankwirtschaften (nicht nur allgemein) zum Teil weit über das öffentliche Bedürfnis hinausgeht, sondern sich auch noch seit dem Inkrafttreten der verschärften Vorschriften des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 in zahlreichen Bezirken und Gemeinden vergrößert hat. Das Wirtschaftsministerium hat daher nach dem Vorgang in den meisten anderen Ländern von der obersten Landesbehörde in § 21 Abs. 2 des Gaststättengesetzes eingeräumten Befugnis Gebrauch gemacht und mit Verordnung vom 10. März 1933 eine dreijährige allgemeine Erlaubnis-sperre für neu zu errichtende Gast- und Schankwirtschaften und für die Ausdehnung bestehender Gast- und Schankwirtschaften auf nicht zugelassene Arten von Getränken und auf nicht zugelassene Räume angeordnet. Die Bewilligung von Ausnahmen, die nur in ganz besonders gelagerten Fällen in Aussicht genommen werden kann, hat sich das Ministerium selbst vorbehalten; etwaige Gesuche sind bei dem zuständigen Oberamt einzureichen und eingehend zu begründen. Die Verordnung ist im amtlichen Teil des Staatsanzeigers vom 11. März 1933 veröffentlicht und tritt mit diesem Tag in Kraft. Die Sperre gilt für alle Fälle, in denen der Erlaubnisantrag nicht schon vor dem 1. März 1933 beim zuständigen Oberamt eingereicht war.

Schutz des Tagwachtgebäudes durch die Polizei

Stuttgart, 12. März. Das Verlagsgebäude der sozialdemokratischen „Schwäbischen Tagwacht“ ist im Einverständnis mit dem Hauseigentümer, dem Sozialdemokratischen Verein Stuttgart, Sonntag vormittag polizeilich besetzt worden, um unerantwortlichen Elementen gegenüber eine absolute Sicherheit des Privateigentums zu gewährleisten. Der Geschäftsverkehr im Tagwachtgebäude wird durch die Besetzung nicht behindert. Nur das Reichsbannerbüro im Tagwachtgebäude ist polizeilich geschlossen worden.

Südd. Arbeiterzeitung durch Polizei geschlossen

Stuttgart, 12. März. Die Polizei hat am Samstag außer dem Verlagsgebäude der kommunistischen Süddeutschen Arbeiterzeitung in der Geißstraße noch das Büro der kommunistischen Bezirksleitung in der Nudlerstraße und das Kampfbüro in der Gastwirtschaft zum „Schwarzen Bären“ in der Eßlinger Straße einschließlich der Wirtschaft selbst geschlossen. Sämtliche Gebäude werden von der SA-Hilfspolizei besetzt gehalten, die überall die Hakenkreuzfahne hisst.

Stuttgart, 12. März.

Der neue Staatsrat Walter Hirzel. Der neue ehrenamtliche Staatsrat der württ. Regierung Walter Hirzel gehört der evang. Kirche an und ist geboren am 10. Februar 1881 in Ellwangen. Sein Vater war Gymnasialprofessor in Ellwangen und später Rektor des Gymnasiums in Ulm. Staatsrat Hirzel studierte von 1899—1904 Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Tübingen und Berlin. Von 1906—1908 war er Regierungsassessor bei den Oberämtern Echingen a. D., Leutkirch und Ellwangen. 1908 wurde er Polizeiamtman in Reutlingen und war zugleich stellvertretender Vorsitzender des Kaufmannsgerichts. Am 1. Januar 1912 wurde er Abteilungsleiter des Stadtpolizeiamts Stuttgart, 1919 Polizeirat und am 15. Juni 1920 Vorsitzender des städtischen Personalamts mit der Amtsbezeichnung Rechtsrat. Seit 1924 ist er Finanzreferent der Stadt Stuttgart. Von 1925 bis Dezember 1932 gehörte Hirzel, der Landesvorsitzender der Württ. Bürgerpartei (Deutschnationale Volkspartei) ist, dem Stuttgarter Stadtrat an. Seit Sommer 1932 ist er auch Mitglied des Landtags.

Lodesfall. Der durch seine Tiergeschichten und Märchen einem größeren Kreis bekanntgewordene Dichter und Schriftsteller Manfred Kyber, der früher in Stuttgart wohnte und zuletzt seinen Wohnsitz in Löwenstein N. H. Hellsbrunn hatte, ist dort infolge eines Schlaganfalls im Alter von 53 Jahren gestorben. Kyber war von Geburt Deutschbalte und wurde am 1. März 1880 in Riga geboren.

Rundgebung. Am Sonntag nachmittags fand eine große Rundgebung der NSDAP statt. An dem Marsch durch die Straßen Stuttgarts nahmen mehrere tausend Mann der SA und SS, sowie die Jugendbände teil. Die verschiedenen Musikkapellen spielten zu Ehren der Gefallenen nur alte deutsche Heeresmärsche.

Schuhhaft von Funktionären der KPD. Vom Polizeipräsidium Stuttgart (Württ. Landeskriminalpolizeiamt) wird mitgeteilt: Im Auftrag des Herrn Reichskommissars für Polizei in Württemberg hat das württ. Landeskriminalpolizeiamt in der Nacht vom 10. auf 11. März ds. Js. in ganz Württemberg die wichtigeren Funktionäre der kommunistischen Partei und ihrer Hilfsorganisationen in Schuhhaft nehmen lassen. In Stuttgart wurden davon 200 Personen betroffen, aus dem übrigen Land liegt ein abschließendes Ergebnis noch nicht vor.

Die junge Riesenschlange im Eisenbahnwagen. Beim Entladen eines Eisenbahnwagens mit Bananen durch eine Stuttgarter Südfrüchtegroßhandlung wurde eine Schlange um einen Stamm von Bananenfrüchten bemerkt. Das Tier wurde vom Tiergartenbesitzer Biedler abgeholt, der feststellte, daß es sich um eine junge, dreiviertel Meter lange Königsschlange (Boa constrictor) handelt. Sie wurde dem Tiergarten Doggenburg gestiftet. Vor einigen Jahren wurde schon einmal eine kleine Schlange an einem Bananenstamm entdeckt. Bei der gefundenen jungen Königsschlange handelt es sich um ein sehr schönes Tier dieser verhältnismäßig seltenen Schlangenart.

Aus dem Lande

Hohenheim, 12. März. Lehrberechtigung. Dem Assistenten am Tierärztlichen Institut der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim Dr. Peter Carstens ist die Lehrberechtigung für das Fach „Tierärztliche“ erteilt worden.

Ehlingen, 12. März. Die Hakenkreuzfahne in den Kanal geworfen. Am vergangenen Mittwoch abend hat der ledige Hilfsarbeiter Hugo Sted von hier (Angehöriger der KPD.) die vor dem Amtsgerichtsgebäude aufgezogene Hakenkreuzfahne heruntergeholt und angeblich auf der Waise in den Kanal geworfen. Der Täter wurde festgenommen und dem Amtsgericht vorgeführt.

Hall, 12. März. Austritt aus der KPD. In einem Schreiben an Stadtvorstand Dr. Brünig hat der Kom-

munistischen Partei angehörige Stadtrat Kaffer seinen Austritt aus dieser Partei mitgeteilt und sein Stadtratsmandat niedergelegt. Als Grund für seinen Austritt gibt Kaffer an, daß sich die Vorkommnisse der letzten Wochen bei der KPD. mit seiner Gesinnung nicht mehr vereinbaren lassen.

Möckmühl N. Nedarum, 12. März. Große Bot-schaft aus Amerika. Aus verschiedenen Orten unserer badischen Nachbarschaft wird gemeldet, daß ein Schreiben einer Anwaltsfirma in Neuport eintraf, demzufolge ein aus dem badischen Bauland stammender Deutscher, der vor 60 Jahren nach USA. ausgewandert, ein Testament hinterließ, nach welchem fünf namentlich aufgeführte Personen aus dem badischen Bauland erbberechtigt sind. Die in Betracht kommenden Leute nahmen die Verbindung mit dem zuständigen Konsul bereits auf.

Tübingen, 12. März. Von der Universität. Obermedizinalrat Dr. Otto Schmidt in Stuttgart, der das Fach der gerichtlichen Medizin an der Universität Tübingen vertritt, ist zum Honorarprofessor ernannt worden. — Dem Assistenten am geographischen Seminar der Universität Tübingen Dr. Seebach ist die Lehrberechtigung für Geographie in der philosophischen Fakultät der Universität Tübingen erteilt worden.

Oberndorf, 12. März. 22 Schramberger Kommu-nisten in Schuhhaft genommen. Gestern vormittag wurden mit zwei Omnibussen 22 Schramberger und Lauterbacher Kommunisten in das Amtsgerichtsgefängnis Oberndorf unter Bedeckung von Landjägern und Hilfspolizei eingeliefert und vorläufig in Schuhhaft genommen.

Schwenningen, 12. März. In 14 Tagen wieder Ziegeleibetrieb. Trotz verschiedenen Hemmnissen stehen die Verhandlungen mit dem schweizerischen Konsortium vor dem Abschluß. Man kann damit rechnen, daß die Ziegeleien in 10—14 Tagen in Betrieb kommen. Bei der Einstellung der Arbeiterschaft werden in erster Linie Leute von Schwenningen berücksichtigt.

Waltingen a. E., 12. März. Kommunisten ins Arbeitshaus eingeliefert. Am Samstag früh wurde eine größere Anzahl kommunistischer Funktionäre und Abgeordnete — man spricht von etwa 80 Leuten — aus der Gegend — vermutlich auch aus dem Bezirk Maulbronn, ins hiesige Arbeitshaus eingeliefert. Wie der „Enghote“ berichtet, soll hier ein Sammeltransport zusammengestellt werden, von wo aus die Kommunisten dann in ein Lager überführt werden sollen.

Göppingen, 12. März. Neuhäusbesitzer wenden sich an den Reichskanzler. Der Reichsbund der deutschen Neuhäusbesitzer und Siedler hat an den Reichskanzler die Bitte gerichtet, bei den Regierungen der Länder darauf hinzuwirken, daß die Verzinsung und Tilgung der Hauszinssteuerhypotheken sofort bis auf weiteres ausgesetzt wird und die Steuerfreiheit für die nach dem 1. April 1924 errichteten Neubauten allgemein auf 10 Jahre verlängert und wie bei den nach dem 1. April 1931 erstellten Bauten auch auf die Vermögens- und Einkommensteuer ausgedehnt wird.

Eislingen a. F., 12. März. Umfangreiche Diebstähle aufgedeckt. In einem mittleren Kolonialwarengeschäft in Klein-Eislingen machte der Besitzer schon seit einiger Zeit die Wahrnehmung, daß sein Warenlager immer weiter abnahm, obwohl der Umsatz zurückging. Er ließ deshalb vor kurzem eine Hausdurchsuchung bei seinem Hausbesitzer vornehmen. Der Erfolg war überraschend. Es wurde ein vollkommenes Lager von größeren Mengen Kolonialwaren aller Art vorgefunden, die einen Wert von mehreren hundert Mark darstellen. Der Hausbesitzer, ein 31 J. a. Mechaniker von Eislingen, ist gekündigt.

In Reichenbachs Wils wurde ein von zu Hause entlaufener auswärtiger Dieb beobachtet, wie er mit einem gestohlenen Fahrrad davonfuhr. Der Dieb wurde verfolgt und konnte festgenommen werden.

Ulm, 12. März. Diebesbande vor der Strafkammer. Eine aus 6 Personen bestehende Diebesbande hatte sich vor der Strafkammer wegen einer Reihe von Diebstählen und wegen Raubs zu verantworten. Es sind die 1902 in Neudorf geborene verheiratete Otto Dreher, der 1903 in Schwenningen geborene verheiratete Hilfsarbeiter Reinhold Flaig, der 1895 in Ulm geborene getrennt lebende Kaufmann Alfred Kopp, der 1910 in Altheim N. Ulm geb. ledige Hausierer Friedrich Flaig, der 1892 in Greuthof Ode. Württemberg geborene verheiratete Kraftwagenführer Christian Wulle. Sie überfielen am 6. November 1931 abends gegen 9 Uhr eine alleinstehende Frau in der Reimgewandstraße. F. Flaig war dabei mit einer Pistole versehen, mit der er die Bewohnerin bedrohte. Die Beute waren über 1600 Mark und eine goldene Damen-Armbanduhr. Das Geld war bald verbraucht. Am 29. Januar 1932 stiegen sie in das katholische Pfarrhaus mit Schwesternhaus in Ehrenstein ein. Erfola über 100 Mark. Im nächsten Fall machte Dreher am 13. Mai 1932 einer Fabrikantine in Eislingen einen Besuch. Hier nahm er Lebensmittel und Rauchwaren im Betrag von 60 Mark mit, dann Alng es nach Kirchberg a. d. Aler. wo in einer Lederfabrik Lederwaren im Wert von 250 Mark erbeutet wurden. Bei weiteren Raubzügen in Ulm und Umgebung erbeuteten sie Lebensmittel, Rauchwaren, Bargeld, Schmuckstücke und Kleidungsstücke im Gesamtwert von 600 Mark. Es erhielten Dreher 5 Jahre und 6 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, Kopp 2 Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust, Reinhold Flaig 4 Jahre 3 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, Schneller 3 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, Friedrich Flaig 3 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Betrügereien im Großen. Der verheiratete, 1897 geborene Uhrmacher A. Haug und dessen 65 J. a. Mutter hatten sich wegen Betrugs zu verantworten. Sie war Inhaberin eines früher gutgehenden Uhren- und Goldwarengeschäfts, kam aber mit der Zeit durch den nicht ganz einwandfreien Lebenswandel des Sohns in finanzielle Schwierigkeiten. In den Jahren 1928—1931 machte die Frau bei einer ganzen Reihe von Bekannten Darlehensaufnahmen, die insgesamt den Betrag von 20 000 M. erreichten. Sie versprach pünktliche Zurückzahlung und gab teilweise vor, ein schuldenfreies Haus und ein wertvolles Warenlager zu besitzen, trotzdem sie wußte, daß das auf 18 000 bis 20 000 M. geschätzte Haus hypothekarisch überlastet und das Warenlager, das bedeutend überfremt war, nicht bezahlbar war. Im März 1931 verpfändete sie Waren im Wert von 18 000 M. und bekam dafür etwa 6525 M. Am 7. Oktober 1931 leistete Alois Haug den Offenbarungseid. Es sind Geschädigte dabei, die ihr Ersparnis bis auf den letzten Pfennig und in einem Fall bis zu 10 000 M. hergegeben haben. In einer ganzen Reihe von Fällen konnten sich die Geschädigten nicht mehr genau an die Abmachungen erinnern, weshalb für diese eine Bestrafung nicht erfolgen konnte. Das Urteil lautete für Frau Haug auf 3 Monate und den Sohn auf 2 Monate Gefängnis.

Riedlingen, 12. März. Brand. Von dem schönen Anwesen des Bürgermeisters Noll in Riedlingen sind am Freitag abend durch einen Brand Schener und Stall eingestürzt, das Wohnhaus stark beschädigt worden.

Walfee, 12. März. In den Rubelstand. Bürgermeister Lang hat wegen dauernder Krankheit den Gemeinderat um seine Pensionierung auf 1. Juni ersucht.

Ravensburg, 12. März. Aus Fahrlässigkeit die Mutter getötet. Wegen fahrlässiger Tötung seiner Mutter durch einen Herzschuß hatte sich vor dem hiesigen Schöffengericht der ledige Telegraphenarbeiter Josef Fürst aus Ebersbach N. Saulgau zu verantworten. Er war im Besitz eines Revolvers auf Grund eines Waffenscheins, hatten den Revolver gegen eine kleinere Waffe vertauscht und diese pukierte er, da sie einige Rostflecke aufwies, am 26. Januar in Gegenwart von Vater und Mutter. Er traf dem Abzugsbügel zu nahe, ein Schuß ging los und traf die am Fenster stehende, mit Nähn beschäftigte Mutter, die sofort tot war. Das Urteil lautete auf 80 M. Geldstrafe.

Weingarten, 12. März. Einführung einer zehnprozentigen Getränkesteuer. Am 26. Januar hatte der Gemeinderat einstimmig die Einführung einer Getränkesteuer abgelehnt. Nun ist in der Sitzung am Freitag bekannt gegeben worden, daß die Stadt Weingarten bei Ausschüttung des Zuschusses aus der Reichsbeiträge mit einer Summe von 6000 M. übergegangen worden ist. Die Regierung hat somit ihre damalige Drohung wahr gemacht. Der Stadtvorstand sah sich gezwungen, in der gestrigen Sitzung bekannt zu geben, daß ab 1. April eine zehnprozentige Getränkesteuer eingeführt werde.

Leitung, 12. März. Der Kreuz-Pilger ein Schwindler? Kürzlich ging durch die Presse die Nachricht von einem angeblich reinigen Kommunisten, der ein 164 Pfund schweres Kreuz aus Birkenholz auf den Schultern nach Altötting tragen wolle auf Grund eines Gebildes. Es hat sich nun herausgestellt, daß es sich um einen Schwindler handelt, der darauf ausgeht, durch Fortschwindung von Herzkranpden das Mittel der Menschen zu erregen. Seitdem ist der „Kreuzträger“ verschwunden. Man vermutet, daß es sich um einen bekannten Betrüger, Bettler und Landstreicher handelt, einen 29 J. a. Rudolf Keil aus Augsburg.

Lokales.

Wildbad, 13. März 1933.

Nachtrag. In der Konfirmandenliste der letzten Nummer ist noch nachzutragen: Heinz Rath.

Gemeindeabend. Im stark besuchten Gemeindeabend der evangel. Kirchengemeinde hielt der Leiter der Keplerwarte Dr. Kohnagel einen Vortrag: „Gibt es Gestirneinflüsse und ist die Astrologie berechtigt?“ Der Redner verstand es, die Erkenntnisse der uralten Sternweisheit und die Ergebnisse der astronomischen Wissenschaft in klarer allgemeinverständlicher Weise darzubieten. Daß es Einflüsse der Sonne, des Mondes, aber auch der andern großen Wandelsterne auf Pflanzen-, Tier- und Menschenwelt gibt, wurde im Lichtbild an verschiedenen Beispielen nachgewiesen. Daß sie auch im Menschenleben als einer der vielen entscheidenden Faktoren mitwirkend sind, ist nicht zu bezweifeln. Aber das hat nichts zu tun mit der heute soweit verbreiteten Jahrmaktsastrologie, die vor allem die Neugierde und den Aberglauben für ihre Geschäfte auszunutzen bestrebt ist. Sie muß vollends vom christlichen Standpunkt aus mit aller Bestimmtheit abgelehnt werden. Nicht die Sterne regieren unser Leben mit unausweichlicher Notwendigkeit, sondern der, der die Sterne lenkt am Himmelszelt, der ist, der auch unser Leben leitet nach seinem Rat. Vieder des Kirchenchors und des Singkreises zu eischen Schattenbildern aus den 4 Jahreszeiten waren weitere mit freudigem Dank aufgenommene Darbietungen des Abends.

Erklärung. Berichtigend wird festgestellt, daß der Bericht über die Flaggenhissung, der von uns irrträglich als „offiziell“ bezeichnet wurde, von keiner amtlichen Stelle ausgeht.

Die Schriftleitung.

Tötet die Stubenfliege! Die warme Märzsonne strahlte an die Südwand des Hauses. Aus Balken- und Mauerritzen schlüpft das vom Winterschlaf erwachte Weibchen der Stubenfliege. Da jedes Weibchen 100—120 Eier absetzt, denen im Lauf des Sommers noch 10—12 Bruten folgen, so vernichtet die Tötung einer einzigen überwinterten Mutterfliege ein ganzes Milliardenheer von Plagegeiern. Zugleich erfolgt mit der Vernichtung der Mutterfliege die Ausrottung eines Riesenhaars von Verbreitern und Überträgern gefährlichster Krankheitskeime wie der Pest-, Typhus-, Cholera- und Tuberkelbazillen. Die Forderung „Tötet die überwinterten Fliegenweibchen“ ist daher sehr berechtigt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Unauffindbare MDR. Bemerkenswert ist, daß die Berichte der Parlamentsverwaltungen, mit den neuemählten Abgeordneten in Verbindung zu kommen, um von ihnen das notwendige Bild- und Schriftmaterial für die Ausstellung der Freifahrtkarte usw. zu erhalten, nicht überall von Erfolg begleitet sind. Eine Anzahl neuemählter kommunistischer Abgeordneter ist postfaktisch unauffindbar.

Freisprechungen in Devisenschlebung Tilsch. In der Devisenschlebung gegen Dr. Borchardt und Geh. Regierungsrat Dr. Tilsch, in der gegen die Hauptangeklagten zum zweitenmal der Prozeß verlag worden war, wurde am Donnerstag lediglich die Anklage gegen die früheren Bergwerksdirektoren Gustav Cordes und Gustav Schmidt durchgeführt. Beide Angeklagte wurden freigesprochen, und zwar Cordes aus Paragraph 51 und Schmidt mangels Beweises.

Jazzmusik und Foxtrott in Russland verboten. Auf Veranlassung der Leitung des russischen Rundfunkwesens sind Übertragungen von Jazzmusik über die russischen Sender verboten. Die Jazzmusik ist nach russischer Auffassung eine Musik des Bürgertums, und Foxtrott und ähnliche Tänze sind nicht die richtigen Tänze für das Proletariat. Zu dieser Anordnung ist zu ergänzen, daß in Moskau die Jazzmusik nur in den großen Hotels ausgeführt wird, die ausschließlich den Ausländern gegen Bezahlung in Woluta zur Verfügung stehen. Russen werden zu solchen Veranstaltungen nicht zugelassen.

Carmol tut wohl! Rheuma, Hexenschuss, Kreuz-, Kopf- und Zahnschmerzen.

Unterer Schwarzwald-Nagold-Turngau. Wie bereits schon bekannt gegeben wurde, findet am Sonntag den 19. März, nachmittags 1/3 Uhr, im Traubensaal in Nagold ein Gerätemannschaftskampf im Kunstturnen zwischen je einer Mannschaft des Nördlichen Schwarzwaldgaues, umfassend die Oberämter Horb, Sulz, Oberndorf und Schramberg, und dem Unteren Schwarzwald-Nagoldgau statt. Solche Wettkämpfe sind herausgehoben aus der Notwendigkeit und dem Bestreben, das Gerätturnen mehr und mehr in den Vordergrund zu rücken, aber auch schlummernde Kräfte anzukurbeln. Sie zeigen nicht minder den Besuchern, wie der einzelne strebsame Turner durch Energie und Fleiß sich emporarbeiten kann bis zur höchsten Vollendung. Sie lassen aber auch die Körperbeherrschung, die Tatkraft, die Willens- und Sinnesstärke des einzelnen in den mannigfachen Leistungsformen klar und deutlich erkennen. Dies ist und bleibt der Hauptzweck solcher Veranstaltungen, der aber nur durch treue Hingabe für unser deutsches Turnen erreicht werden kann. Die Deutsche Turnerschaft ist stolz darauf, dieses Gebiet als ihr ureigenes bezeichnen zu dürfen. Die Mannschaft unseres Gau hat folgende Zusammensetzung: Kiefer-Calmbach, Seeger-Altensteig, Eitel-Wildbad, Raupp-Hatterbach, Dittus-Simmolzheim und Sirt-Wildbad. Ersatzleute: Helber-Nagold, Reichstetter-Engelsbrand und Hornikel-Calm. Möge daher der Besuch dieser Veranstaltung ein guter werden. Der Rückkampf findet am 29. April in Sulz statt. Sch.

Ämterliche Dienstnachrichten

Ernannt: Richter Dr. Bertich in Welzheim zum Oberamtsvorstand in Kirchheim in der Dienststellung eines Landrats der Befoldungsgruppe 4a; Regierungsrat Dr. Stübber bei der Ministerialabteilung für die Hochschulen zum Oberregierungsrat der Gruppe 3.

Verfetzt: Güterinspektor Braun in Heilbronn Hof. (Güterabfertigung) nach Kalen als Vorkocher der Güterabfertigung. **In den Ruhestand versetzt:** Verwaltungsoberinspektor Reich bei der Staatsanwaltschaft Reutlingen; Mittelschuloberlehrer Steinle in Stuttgart; Stadtlehrer in Ulm und die Mittelschullehrerin Bach in Stuttgart mit Ablauf des Monats Juni.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Dienstag, 14. März:
 6.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Gannahl. 7.15: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht. 7.30-8.00: Schallplatten. 8.00: Nachrichten. 10.10: Illustrierte Wirt. 10.40-11.10: Schallplatten. Aus dem Wirtschaftskreis unserer Heimat. 11.30: Splan- und Wochenschaubild. 11.55: Wetterbericht. 12.00: Schallplatten. 12.15: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht. 12.30: Schallplatten. 12.45: Schallplatten. 13.00: Schallplatten. 13.15: Schallplatten. 13.30: Schallplatten. 13.45: Schallplatten. 14.00: Schallplatten. 14.15: Schallplatten. 14.30: Schallplatten. 14.45: Schallplatten. 15.00: Schallplatten. 15.15: Schallplatten. 15.30: Schallplatten. 15.45: Schallplatten. 16.00: Schallplatten. 16.15: Schallplatten. 16.30: Schallplatten. 16.45: Schallplatten. 17.00: Schallplatten. 17.15: Schallplatten. 17.30: Schallplatten. 17.45: Schallplatten. 18.00: Schallplatten. 18.15: Schallplatten. 18.30: Schallplatten. 18.45: Schallplatten. 19.00: Schallplatten. 19.15: Schallplatten. 19.30: Schallplatten. 19.45: Schallplatten. 20.00: Schallplatten. 20.15: Schallplatten. 20.30: Schallplatten. 20.45: Schallplatten. 21.00: Schallplatten. 21.15: Schallplatten. 21.30: Schallplatten. 21.45: Schallplatten. 22.00: Schallplatten. 22.15: Schallplatten. 22.30: Schallplatten. 22.45: Schallplatten. 23.00: Schallplatten. 23.15: Schallplatten. 23.30: Schallplatten. 23.45: Schallplatten. 24.00: Schallplatten.

Handel und Verkehr

Die Marktlage

Die Erholung am Buttermarkt hat angehalten. Zwar ist die Verbrauchsfrage nach wie vor gering, so daß die Kleinhandels-geschäfte nur ihren notwendigen Bedarf einkaufen und auch der Großhandel große Vorräte zigt. Die Deutsche Getreidehandels-Gesellschaft setzt aber die Stützungskaufe fort und so wurde aller Ueberfluß glatt aufgenommen. Diese Butterkäufe in Gesamthöhe von 40 000 Zentnern werden beinahe ausschließlich von der Reichsregierung für besonders bedürftige Gegenden unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Allerdings ist jetzt der Jahreszeit entsprechend, ein langames Ansteigen der Erzeugung festzustellen. Stempfen ließ seine Notierung unverändert bei 84 bzw. 72 je Zentner. Solange die Stützungskaufe andauern, wird die günstige Stimmung auch anhalten. Und dann ist wohl die Auswirkung der Schutzmaßnahmen für Käse zu erwarten, die selbstverständlich nicht ohne Rückwirkung auf das Buttergeschäft bleiben werden, wenn man auch vor über-treibern Erwartungen warnen muß.

Auf dem Käsemarkt hat die angekündigte Verordnung der Reichsregierung über die Verwendung von inländischem Rohmaterial bei der Herstellung von Schmelzkäse sehr günstigen Einfluß gehabt. Die Haltung des Marktes hat sich befestigt und es war eine Besserung des Geschäfts sowohl bei Emmentaler wie bei Limburger zu beobachten, wenn auch die Preise noch wenig sich veränderten. Aber es ist wieder eine Belebung in das Geschäft gekommen. Auch Kempten bestätigte den freundlichen Verlauf, behielt jedoch die bisherige Notierung von 72-77 und 63-68 je Zentner.

Die zunehmende Vegetationszeit hat bereits angefangen von Ulm zur Folge gehabt. Holland legte seine Preise um 10 v. H. zurück. Das Anlandangebot selbst wächst von Woche zu Woche. Die Großpreise sind allenthalben gewichen, eine Bewegung, der der Kleinhandel nach nicht folgen konnte. Die Marktlage ist nicht übersichtlich. Die Unsicherheit wird auch zunächst noch nicht verschwinden, bis der neue Eierzoll von 70 je Dtzl. in Kraft getreten sein wird.

Das Fleischgeschäft war in allen Sorten unbefriedigend. Rinder waren, obwohl meist in guter Beschaffenheit aufgetrieben, wenig begehrt. Selbst bei Kalbern ließ das Geschäft etwas nach. Die besseren Preise der Bormoche hatten, wie es oft vorkommt, zu stärkerem Angebot geführt und dies wurde alsbald in der Preisgestaltung wahrnehmbar. Daselbst trifft für Schweine zu, bei denen der Absatz langsam, vielfach sogar schleppend blieb, trotz der durchschnittlichen guten Qualität. Die erhöhten Zölle für Vieh, Fleisch und Schmalz seit 15. Februar haben keine preissteigernde Wirkung gehabt, jedenfalls haben sie die deutsche Fettfrage noch nicht völlig gelöst. Die Einfuhr von Walfischtran für die Margarineherstellung ist 3 v. H. im Januar 1933 auf 27 770 Tonnen gestiegen gegen 13 853 Tonnen im Januar v. J. Der Tran kam auf 17,50 je Tonne zu stehen, also 87% Pf. je Zentner oder noch nicht einmal 1 Pf. je Pfund. So war es begreiflich, daß die Margarine-Industrie trotz der Erhöhung des Schmalzolls auf 50 je Dtzl. den Margarinepreis ruhig um 4 Pf. je Pf. senken konnte.

Die Obstmärkte sind ruhig geblieben bei behaupteten Preisen. Auf dem Gemüsemarkt war die Jollerhöhung vom 1. März fühlbar. Bei Zwiebeln zum Beispiel, deren Zoll von 3 auf 4 Mark erhöht wurde, war eine beträchtlich stärkere Nachfrage des Handels zu bemerken. Auch andere Gemüsesorten fanden guten Absatz.

Änderungen in den Bezirksabteilungen der Telegraphenbauämter

Mit Wirkung vom 1. April 1933 treten in der Bezirksabteilung der Telegraphenbauämter Stuttgart, Heilbronn, Tübingen und Ulm folgende Änderungen ein: a) Die Ortsneue Ludwigsburg, Markgröningen, Reckartsheim, Badnang, Murrhardt, Sulzbach (Murr) und Spiegelberg werden vom Telegraphenbauamt Stuttgart abgetrennt und dem Telegraphenbauamt Heilbronn (Rektor) zugewiesen; b) die Ortsneue Ulm (Jagst), Röhlingen, Städtlen, Unterschneidheim, Glöwen und Untergröningen werden vom Telegraphenbauamt Heilbronn abgetrennt und dem Telegraphenbauamt Stuttgart zugewiesen; c) die Ortsneue Böblingen, Ehningen, Böblingen und Weibersbrunn gehen vom Telegraphenbauamt Stuttgart in den Bezirk des Telegraphenbauamtes Tübingen über; d) die Ortsneue Röhlingen und Neuffen werden vom Telegraphenbauamt Heilbronn in den Bezirk des Telegraphenbauamtes Stuttgart abgetrennt; e) das Ortsneue Bernloch wird vom Telegraphenbauamt Heilbronn abgetrennt und dem Telegraphenbauamt Tübingen zugewiesen; f) das Ortsneue Södingen wird vom Telegraphenbauamt Heilbronn abgetrennt und dem Telegraphenbauamt Stuttgart zugewiesen; g) das Ortsneue Dillingen wird vom Telegraphenbauamt Heilbronn abgetrennt und dem Telegraphenbauamt Stuttgart zugewiesen.

Bekämpfung des anstehenden Verfalls

In einem Rundschreiben an die beamteten und freiberuflichen Tierärzte hat das Innenministerium darauf hingewiesen, daß Befehl, in deren Beständen anstehendes Verfalls herbeiführt oder Verdacht in deren Beständen besteht, die Möglichkeit haben, durch kostenlose Untersuchung von Blutproben, die den Tieren des Bestandes von einem Tierarzt zu entnehmen sind, im Tierärztlichen Landesuntersuchungsamt sich Gewißheit darüber zu verschaffen, ob der Verdacht begründet ist. Mit Unterstützung der Zentralstelle der Viehhändler soll in den Beständen ein freiwilliges Bekämpfungsverfahren durchgeführt werden, dem sich jeder Besitzer anschließen kann, wenn er sich zur Durchführung der vom Tierärztlichen Landesuntersuchungsamt empfohlenen Maßnahmen schriftlich verpflichtet. In den stärker verseuchten Beständen werden die zur Befreiung benötigten Ampflosse vom Tierärztlichen Landesuntersuchungsamt zum halben Preis geliefert. In den schwächer verseuchten Beständen, in denen die Krankheit durch hygienische Maßnahmen auch durch Ausmerzen der erkrankten Tiere beseitigt werden kann, sollen zu der Ausmerzung der Tiere Zuschüsse in Höhe von etwa 30 je Tier gewährt werden. Auf diese Weise sollen Bestände gelassen werden, die vom anstehenden Verfall frei sind, und es soll der Gefahr vorgebeugt werden, die darin besteht, daß erkrankte Tiere im Handel weiter vertrieben werden und in gesunde Bestände gelangen.

Auch Befreiung von Beständen können sich dem Verfahren anschließen. In diesen Beständen wird die Kontrolle über das Freilassen von der Krankheit durch laufende Untersuchung von Blutproben durch das Tierärztliche Landesuntersuchungsamt ausgelöst. Es ist auch in Aussicht genommen, den Besitzern von Beständen, die sich bei der Blutuntersuchung als leuchtend erweisen, und von Beständen, die nach dem freiwilligen Bekämpfungsverfahren von der Krankheit freigemacht worden sind, die Seuchenfreiheit in irgend einer Form zu bescheinigen.

Schutz für die deutsche Eier- und Käseerzeugung

Im heutigen Reichsanzeiger erscheint eine Verordnung des Reichsfinanzministers und des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Hugenberg, durch die der autonome Zoll für Eier von 30 auf 70 RM. und für Hartkäse von 30 auf 40 RM. je Doppelzentner erhöht wird. Gleichzeitig wird der Reichsminister der Finanzen ermächtigt, die Einfuhr von 30 000 Doppelzentner Hartkäse zum Zollfuß von 30 RM. auch nach der allgemeinen Käse Zollhöhung zuzulassen.

Damit wird der bereits angekündigte Schutz für die deutsche Eier- und Käseerzeugung geschaffen. Die dem Reichsfinanzminister erteilte Ermächtigung, in beschränktem Umfang die Einfuhr von Hartkäse zum unveränderten autonomen Zollfuß zuzulassen, soll die Möglichkeit geben, den außenhandelspolitischen Interessen Rechnung zu tragen.

Stand der landwirtschaftlichen Entschädigung im Februar

Der gegenwärtige Stand der Arbeiten an der landwirtschaftlichen Entschädigung bietet nach amtlicher Mitteilung folgendes Bild: Am 28. Februar 1933 belief sich die Zahl der Bewilligungen auf 14 865 Fälle mit 167,78 Mill. RM., der Auszahlungen auf 9373 Fälle mit 94,43 Mill. RM. Am 30. November 1932 belief sich der Betrag der bewilligten Darlehen auf rund 115 Mill. RM., der der Auszahlungen auf rund 57 Mill. RM.

Berliner Pfandkurs, 11. März, 14,57 G., 14,61 B.
 Berliner Dollarkurs 4,146 G., 4,154 B.
 100 franz. Franken 16,59 G., 16,63 B.
 100 Schweizer Franken 81,32 G., 81,48 B.
 100 österr. Schilling 48,45 G., 48,55 B.
 D. Abt. Anl. 68,62, ohne Aust. 9,50.
 Reichsbankdiskont 4, Lombard 5 v. H.
 Privatdiskont 3,875 v. H. kurz und lang.
 Württ. Silberpreis, 11. März, Grundpreis 42,70 M. d. Rg.

Die Großhandelsmehlzahl vom 8. März ist mit 91,5 (1913 kl. 100) gegenüber der Vormoche (91,1) um 0,4 v. H. gestiegen. Die Mehzzahl der Hauptgruppen lautet: Agrarstoffe 83,7 (mehr 1,3 v. H.), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 87,0 (weniger 0,3 v. H.) und industrielle Fertigwaren 111,7 (weniger 0,2 v. H.).

Devisenhöchstbeträge im April 1933. Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg hat angeordnet, daß der Grundbetrag der allgemeinen Bewilligungen für die Warenzufuhr im Monat April 1933 nur bis zur Höhe von 50 Prozent in Anspruch genommen werden darf.

Die Handwerkerbank Kollweil erzielte 1932 ein befriedigendes Ergebnis. Aus dem Reingewinn soll nach Vornahme ausreichender Rücklagen eine Dividende von 5-6 Prozent vorgeschlagen werden.

Die Süddeutsche Zinkblechhändlervereinigung hat mit Wirkung ab 8. März ihre Preise nochmals um 2 1/2 Prozent heraufgesetzt, nachdem bereits am 1. März eine Erhöhung um 1 1/2 Prozent erfolgt war.

Das Württ. Portland-Cement-Werk zu Lauffen a. N. schließt das Geschäftsjahr 1932 einschließlich 255 372 Mt. Gewinnvortrag mit einem Reingewinn von 538 292 Mt. ab. Es wird beantragt, 8 Prozent Dividende zu verteilen, 16 000 Mt. für Beschlagnahmen und Unterstellungen zu verwenden und 260 460 Mt. vorzutragen.

Stückstoffmarkt im Februar. Der Abruf von Stückstoff im Februar — anfangs behindert durch die ausgeprägten wintertlichen Witterung — konnte sich erst gegen Ende des Monats stärker entwickeln. Der Gesamtabsatz in der Zeit vom Beginn des Düngejahres bis Ende Februar übersteigt denjenigen des gleichen Zeitraums des Vorjahres.

Die französische Anleihe zur Verwandlung verschiedener Kriegsanleihe in Höhe von 10 Milliarden Franken (1,64 Milliarden RM.) wird voraussichtlich zum Kurs von 95 v. H. und zu einem Zinssfuß von 4 1/2 v. H. aufgelegt werden.

Italienische Erdölhöfe in Albanien. Italien hat vor einiger Zeit die Erdölrechte erworben, Erdölquellen, die in Albanien entdeckt wurden, gegen eine gewisse Entschädigung auszubenten. Nach neueren Untersuchungen sollen die Quellen so ergiebig sein, daß sie den ganzen Erdölbedarf Italiens zu decken vermögen. Die italienische Regierung hat vom Parlament 200 Millionen Lire (rund 43 Mill. RM.) angefordert.

Hamstergold. Bei der New Yorker Bundesreservebank sind bis jetzt 85 Millionen Dollar Hamstergold abgeliefert worden.

Stuttgarter Börse, 11. März. Die heutige Börse war uneinheitlich. Am Rentenmarkt waren die Kurse der Goldpfandbriefe unverändert fest. Württ. Kreditverein Gold-Pfbr. 0,5-0,75 v. H. höher. Der Aktienmarkt war bei lebhaften Umsätzen uneinheitlich. Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart.

Berliner Getreidepreise, 11. März. Weizen markt. 19,80-20, Roggen 15,50-15,70, Braugerste 17,20-18, Futter- und Industriegetreide 16,70-17,10, Haber 12,60-12,90, Weizenmehl 23,50 bis 27,25, Roggenmehl 21-22,85, Weizenkleie 8,75-9, Roggenkleie 8,75-9 M.

Berliner Metallmarkt, 11. März. Elektrolytkupfer prompt cif Nordseehöfen 48,50 je 100 Kg.

Magdeburger Zuckerspreis, 11. März. März 31,95. Tendenz ruhig.

Märkte

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt, 11. März. Tafeläpfel 16 bis 30; Kochäpfel 12-15; Walnüsse 25-30; Kartoffeln 2,5-3; Kopfsalat 15-25; Wirsing (Rohtraut, 1/2 Kg.) 10-15; Filderraut 3-4; Weichtraut rund 3-4; Rottraut 4-5; Blumenkohl 10-15; Rosenkohl 20-25; Grünkohl 8-10; Rote Rüben 5-6; Gelbe Rüben 4-6; Karotten 15-20; Zwiebel 5-7; Gurken, große 50-60; Rettiche 3-8; Monaterrettiche 10-15; Sellerie 6-18; Schwarzwurzeln 20-30; Spinat 25-30; Rhabarber 18-20.

Markenbutter 1,12 (am 4. März 1,12), Teebutter 1. Güte 1,05 (1,05), Teebutter 2. Güte 1,02 (1,02) M. d. Pf.

Deutsche Stempeler a 13 (13), b 11,5 (11,5), c 10,8 (10,8), Landeier 12 (12) Pf. d. St.

Das Wetter

Unter dem vorwiegenden Einfluß des über dem Festland befindlichen Hochdrucks ist für Dienstag immer noch mehrfach heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

Zur Lieferung von Bordrucken (Ausgabe Kohlhammer oder Fogena) zu

**Steuerabrechnungsbüchern
 Einwohnersteuer
 Hundesteuer
 Vergnügungssteuer
 Biersteuer
 Getränkesteuer**

empfiehlt sich die Buchdruckerei „Wildbader Tagblatt“.

Gaas- und Speisekartoffeln

Prima gute und gesunde Ware habe ich noch 1 Wagon abzugeben und nimmt mein Vertreter, Herr Carl Schmid, Paulinenstraße 129, Bestellungen entgegen.

Erwin Geil, Eimsheim.

**Freiwillige Feuerwehr
 Wildbad.**

Am Samstag, den 18. März d. Js., abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Wildbader Hof“ die

Korpsversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht
2. Kassenbericht
3. Beratung des Etats 1933/34
4. Verschiedenes.

Anzug: Dienstreid und Mütze.

Anträge zu dieser Versammlung sind bis zum 17. März an das Kommando schriftlich einzureichen.

Der Verwaltungsrat.

Haben Deine Möbel einmal keinen Glanz mehr, dann
 Nur noch 80 Pf., Doppelf. 1,45 Mk.
 Erhältlich: Eberhard-Drogerie.

Kiwal

Wildbad, den 13. März 1933

+

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Liebe und Teilnahme, die wir beim Heimgang unseres lieben Entschlafenen

Karl Rothfuß

von allen Seiten in so reichem Maße erfahren durften, sagen wir innigen Dank. Insbesondere danken wir dem Herrn Stadtpfarrer für die trostreichen Worte am Grabe, für den erhebenden Gesang des „Liederkranz“, sowie für den ehrenvollen Nachruf und Kranzniederlegung seitens des Krieger- und Militärvereins und der Holzhaupartie Meißtern; ferner für die vielen Kranzpenden und die zahlreiche Begleitung von Nah und Fern zu seiner letzten Ruhestätte.

Die trauernden Hinterbliebenen.